

Sabine Monauni: «Eine klare Haltung zu haben, ist besser, als sich irgendwie durchzuwursteln»

Interview Für Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni war das erste absolvierte Jahr ein anspruchsvoller Start - insbesondere wegen Casinos, Jagd und Klimafragen: Was sie als Ministerin für Inneres, Wirtschaft und Umwelt erreicht hat und was im 2022 noch auf der politischen Agenda steht, erklärt Sabine Monauni im Jahresinterview mit dem «Volksblatt».

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Frau Monauni, wie blicken Sie auf Ihr erstes absolviertes Jahr als Ministerin zurück: Gab es viel zu tun?

Sabine Monauni: Es war in der Tat ein anspruchsvoller Start. Corona stand zu Beginn der neuen Legislatur im Zentrum und dominiert auch heute noch die politische Agenda. Trotzdem konnte ich in meinem Ministerium einige wichtige Themen anpacken, wie beispielsweise das Jagdgesetz, die Casino-Verordnung oder die Verlängerung der Coronahilfen für die Wirtschaft. Ebenso haben wir dem Landtag den ersten Bericht zur Umsetzung der Energiestrategie 2030 vorgelegt und damit die Diskussion zur Umsetzung der Klimaziele eröffnet.

«Ich scheue Auseinandersetzungen nicht», haben Sie als FBP-Spitzenkandidatin vor den Wahlen gesagt. Nun haben Sie mehrere heiße Eisen angepackt, die Sie aus der letzten Legislatur geerbt haben. Hatten Sie keine Angst, sich gleich am Anfang die Finger zu verbrennen?

Angst ist ein schlechter Ratgeber in der Politik. Respekt hatte ich aber allemal vor der Aufgabe, zumal mir bewusst war, dass ich mit meinem Ministerium einige politisch kontroverse Themen geerbt habe. Innenpolitik ist immer nah am Menschen, allen recht kann man es da nie machen. Politik ist immer Interessenabwägung zum Wohle der Allgemeinheit. Ich habe aber gemerkt, dass eine klare Haltung, auch wenn sie zu Gegenreaktionen führt, besser ist, als sich irgendwie durchzuwursteln.

Auf die Abänderung des Jagdgesetzes wartete man in der letzten Legislatur beispielsweise vergeblich, wohl wegen des zu erwarteten Widerstands der Jägerschaft. Sie haben im Landtag um die Regierungsvorlage regelrecht ringen müssen. Wie zufrieden sind Sie mit dem Resultat? Ich bin sehr zufrieden, da wir die zentralen Punkte der Vorlage durchbringen konnten - nämlich die Schaffung einer staatlichen Wildhut und die Möglichkeit Intensivbejagungsgebiete auszuscheiden. Das Wald/Wild-Thema war seit Jahrzehnten blockiert. Mir ging es mit der Abänderung des Jagdgesetzes nie darum, einen Keil zwischen Forst und Jägerschaft zu schlagen, sondern darum, die Grundlagen zu schaffen, dass wir gemeinsam mit allen Waldakteuren die Schutzwaldproblematik angehen können. Unser Schutzwald ist in keinem guten Zustand, weshalb auch der Staat gewisse Möglichkeiten haben muss, um mit entsprechenden Massnahmen einzugreifen.

Ist damit die Diskussion um das Streitthema nun vom Tisch bzw. der Schutzwald gerettet?

Die Wildhut und die Intensivbejagungsgebiete sind zentrale Massnahmen, um die Jagdgesellschaften bei der Wildbestandsregulierung zu unterstützen. Sie sind aber nicht die alleinige Lösung des Problems. Ebenso

müssen die nicht-jagdlichen Empfehlungen gemäss Massnahmenpaket der Regierung aus dem Jahr 2020 umgesetzt werden. Dazu gehören die naturnahe Waldbewirtschaftung, die verbesserte Lebensraumnutzung für das Schalenwild sowie die Zusammenarbeit mit Vorarlberg und St. Gallen. Im Rahmen einer langfristigen Waldstrategie wollen wir zudem alle Waldakteure an einen Tisch bringen, um die vielfältigen Ansprüche an unseren Wald zu klären. Ich bin froh und schätze es sehr, dass die Jägerschaft bereits öffentlich ihre Mitarbeit angeboten hat. Denn ohne Jägerschaft geht es nicht.

Jahrelang vor sich hergeschoben wurde auch die Problematik der umstrittenen Strommasten in Balzers. Ist es heute überhaupt noch möglich, eine Lösung zu finden, ohne unwillige Bodenbesitzer zu enteignen?

Eine einfache und schnelle Lösung, die allen Ansprüchen gerecht wird, gibt es leider nicht. Eine Verlegung von Strommasten braucht Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Zudem wären dadurch neue Bodenbesitzer und Anwohner tangiert, die unter Umständen auch enteignet werden müssten. Fakt ist, dass wir die Hochspannungsleitung Balzers brauchen, um im Rahmen der schweizerischen Regelzone eine sichere und stabile

Stromversorgung in unserem Land sicherzustellen. Mit dem Strombezug aus Österreich alleine können wir unsere Bevölkerung nicht versorgen bzw. müssten wir die Stromleitungen quer durch das ganze Land massiv ausbauen. Da wir absehbar keine andere Alternative haben, wird wohl kein Weg an einer befristeten Enteignung vorbeiführen, zumal die Grundeigentümer einer Verlängerung der Überleitungsrechte nicht zustimmen wollen. Das letzte Wort hat aber der Landtag. Er entscheidet gemäss Gesetz über den Enteignungsantrag.

Mit Blick auf den Casino-Boom haben Sie ebenfalls aufs Gas gedrückt und sind mit Ihren Ankündigungen

von Massnahmen auf Verordnungsebene anderen politischen Vorstößen zuvorgekommen. Hat die Erhöhung des Progressionssatzes, der ab diesem Jahr in Kraft tritt, schon Wirkung gezeigt?

Eine gewisse Wirkung ist durchaus feststellbar. So wurden seit der Verabschiedung der Verordnung im Juli 2021 keine neuen Bewilligungen erteilt und die Wirtschaftlichkeit gewisser Projekte noch einmal infrage gestellt. Da die Verordnung erst am 1. Januar 2022 in Kraft tritt, kann noch kein endgültiges Fazit gezogen werden. Derzeit stellen wir einen grossen Verdrängungskampf unter den Casinos fest. Ich gehe davon aus, dass die neue Verordnung die Konsolidierung auf dem Markt beschleunigen wird, auch wenn derzeit noch neue Casinos auf den Markt drängen.

Wie beurteilen Sie den Spielbanken-Boom heute und die Aussage von Gegnern, dass Casinos nicht nachhaltig seien?

Der Spielbankenmarkt hat sich seit der Marktliberalisierung 2016 in eine Richtung entwickelt, die so nicht erwartet wurde bzw. auch nicht gewollt war. Ich verstehe daher den Ruf aus der Bevölkerung nach einer Casinobegrenzung. Das Casinogeschäft produziert nicht nur Steuereinnahmen und Arbeitsplätze für das Land, sondern auch soziale Kosten wie Suchtrisiken sowie Reputationsschäden. Wir leben jedoch in einem Rechtsstaat und haben uns an die Gesetze zu halten. Betriebsbewilligungen können nicht einfach so entzogen werden und staatliche Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen müssen mit Bedacht vorgenommen werden. Mit der Motion «Casino-Bremse» wurde die Regierung beauftragt, dem Landtag Vorschläge zu unterbreiten, um weitere unerwünschte Entwicklungen zu verhindern. Mein Ziel ist es, im nächsten Jahr eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Ein anderes Thema, das die Menschen sehr beschäftigt: das Satellitenprojekt eines chinesisch-europäischen Firmenkonsortiums, welches gerne die Liechtensteiner Frequenzen hätte. Wie steht es um das Projekt?



Obschon die Coronapandemie die Agenda dominierte, hat Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni auch andere wichtige Themen angepackt.

«Ich schätze es sehr, dass die Jägerschaft bereits ihre Mitarbeit angeboten hat.»

«Innenpolitik ist immer nah am Menschen, allen recht kann man es da nie machen.»

«Ich hoffe, dass wir als Gesellschaft wieder zu mehr Sachlichkeit und Solidarität finden.»



grund der guten finanziellen Lage des Staatshaushaltes nicht wie andere Länder verschulden müssen.

Aber Sie haben natürlich recht, die Corona-Wirtschaftshilfen können nicht ewig andauern. Die Unternehmen werden sich über kurz oder lang auf die «neue Normalität» einstellen und ihr Geschäftsmodell entsprechend anpassen müssen. Gerade bei der Gastronomie und Hotellerie ist nicht davon auszugehen, dass die internationalen Geschäftskunden im gleichen Ausmass wie vor Corona zurückkommen werden. Die Regierung hat daher bereits ein Coaching-Programm aufgesetzt, um eine Neuausrichtung in diesem Sektor zu unterstützen.

Die jüngsten Entwicklungen haben das Thema Homeoffice wieder befeuert. Gerade für Grenzgänger sind hierzu aber noch einige arbeitsrechtliche Fragen offen. Haben Sie sich mit den Nachbarländern über mehr Spielraum einig werden können?

Liechtenstein konnte sich vor Kurzem mit seinen Nachbarländern darauf verständigen, die flexiblen Regeln für Grenzgänger im Homeoffice um ein halbes Jahr bis 30. Juni 2022 zu verlängern. Konkret bleiben diese unabhängig von ihrer physischen Präsenzzeit in Liechtenstein weiterhin unseren arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Regeln unterstellt. Für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein mit zunehmendem Fachkräftemangel würde ich mir wünschen, dass diese flexible Handhabung auch für die Zeit nach Corona gilt. Allerdings brauchen wir hierfür eine Regelung auf europäischer Ebene. Frank-

Die Regierung ist sich der geopolitischen Bedeutung des Projekts durchaus bewusst. Das zuständige Amt für Kommunikation wendet hier einen sehr sorgfältigen Prüfmasstab an, um die Risiken für das Land so weit wie möglich zu minimieren. Bislang wurden die erforderlichen Frequenzen für das Projekt nur bedingt und unter strengen Auflagen erteilt. Diese Auflagen wurden jüngst durch einen Entscheid des Verwaltungsgerichtshofs gestützt. Sollte das Unternehmen nicht in der Lage sein, die Auflagen zu erfüllen, kann das Projekt nicht realisiert werden.

Kommen wir noch zur Coronapandemie, die weiterhin allgegenwärtig ist. Wie nehmen Sie die Stimmung im Land wahr und wie gehen Sie persönlich mit der Krise um?

Nach fast zwei Jahren Pandemie sind wir alle erschöpft und ungeduldig. Niemand von uns hat jemals gelernt, mit einer Gesundheitskrise von dieser Dimension umzugehen. Je länger es dauert, umso schwieriger wird es auch für die Regierung, die Menschen bei der Krisenbewältigung mitzunehmen. Und dennoch gibt es momentan keinen anderen Ausweg, als sich an die Schutzmassnahmen zu halten und zu impfen, um das Gesundheitssystem zu schützen. Natürlich bin ich besorgt darüber, wie sich die Bevölkerung bei diesem Thema spaltet. Ich hoffe, dass wir hier als Gesellschaft wieder zu mehr Sachlichkeit und Solidarität finden.

Gesamthaft betrachtet ist der Wirtschaftsstandort Liechtenstein bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Sehen Sie das auch so?

Unsere Wirtschaft hat die Krise bislang insgesamt gut gemeistert. Die Arbeitslosenzahlen sind nach wie vor auf sehr tiefem Niveau, dies auch dank der vereinfachten Kurzarbeitsentschädigung. Wir haben das Glück, dass unsere Wirtschaft breit aufgestellt ist und wir daher kein «Klumpenrisiko» haben. Der Finanzplatz, welcher von den Coronafolgen bislang kaum betroffen ist, hat sich zudem als stabilisierender Faktor erwiesen. Die Pandemie hat einige Branchen härter getroffen als andere, wie beispielsweise die Gastronomie und Hotellerie in der Talebene. Diese sind nach wie vor auf die Unterstützung des Staates angewiesen.

Wäre es nicht langsam an der Zeit, die Corona-Wirtschaftshilfen des Landes zu beenden; diese können ja nicht für immer gewährt werden: Welche Szenarien gibt es hierzu?

Die Situation ist nach wie vor sehr volatil. Die behördlichen Massnahmen mussten aufgrund der hohen Fallzahlen nochmals verschärft werden und die produzierenden Betriebe sind weiterhin mit Lieferschwierigkeiten aus dem Ausland konfrontiert. Ich finde es daher richtig, dass die Regierung die Wirtschaftshilfen nochmals bis Ende erstes Quartal 2022 verlängert hat. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir uns auf-

Sabine Monauni: «Ich hoffe und wünsche mir, dass wir gemeinsam einen Weg finden, die Pandemie erfolgreich zu meistern.» (Fotos: Michael Zanghellini)



reich, Luxemburg und die Niederlande haben bereits einen entsprechenden Vorstoss bei der EU-Kommission eingebracht. Als EWR-Mitglied werden wir natürlich alles unternehmen, um diesen Vorstoss in Brüssel zu unterstützen.

Wie steht es um die öffentliche Sicherheit: Wie gross ist die Gefahr, dass Liechtenstein in der Coronakrise von extremistischen Gruppierungen unterwandert werden könnte - Stichwort «Reichsbürger»? Es handelt sich bislang um Einzelfälle, welche die Landespolizei schon seit Längerem auf dem Radar hat und dagegen auch entsprechend vorgeht. Dabei kann sie auf ein sehr gutes Netzwerk mit ausländischen Behörden zurückgreifen. Die Polizeiarbeit ist aber in Pandemiezeiten noch anspruchsvoller geworden. An dieser Stelle möchte ich mich bei unseren Polizistinnen und Polizisten bedanken, die bei Coronakontrollen stets sehr viel Augenmass und Fingerspitzengefühl gezeigt haben. Die öffentliche Sicher-

heit ist ein hohes Gut, das unser Land so lebenswert macht.

Wegen der Corona-Berichterstattung stehen auf der ganzen Welt auch die Medien in der Kritik. Wie sehen Sie es als verantwortliche Medienministerin: Sind Liechtensteins Medien ihrer Aufgabe als vierter Gewalt während der Pandemie nachgekommen und sind sie für die Zukunft gewappnet? Die Medien tragen in diesen aufgewühlten Zeiten eine grosse Verantwortung. Sie sollen faktenbasiert und differenziert berichten, ohne die Stimmung noch aufzuheizen oder unnötig zu verpolitisieren. Wenn ich das mit dem Ausland vergleiche, haben sich unsere Medien bis anhin sehr gut geschlagen, was auch ein Qualitätsmerkmal ist. Die Medienlandschaft durchläuft momentan grosse Veränderungen. Digitale Plattformen verdrängen zunehmend die Printmedien und gut recherchierte Artikel werden durch einfache Schlagzeilen ersetzt. Diesen Ent-

«Die Polizei hat bei Coronakontrollen stets sehr viel Augenmass und Fingerspitzengefühl gezeigt.»

wicklungen wollen wir im Rahmen der geplanten Revision des Medienförderungsgesetz Rechnung tragen. Genauso wichtig ist, dass jeder und jede Einzelne seine Informationsquellen kritisch prüft, bevor diese über Whatsapp oder andere soziale Medien verbreitet werden.

Der Klimawandel ist ebenfalls allgegenwärtig. Schon vor den Wahlen haben Sie sich für mehr Nachhaltigkeit und aktiveren Klimaschutz ausgesprochen. Wie zufrieden sind Sie diesbezüglich? Rund Dreiviertel des CO₂-Ausstosses in Liechtenstein kommt aus dem Energiesektor, das heisst Gebäude und Verkehr. Hier müssen wir also den Hebel ansetzen. Der erste Umsetzungsbericht zur Energiestrategie 2030 zeigt, dass wir es in den letzten Jahren geschafft haben, unseren Energieverbrauch vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Das ist erfreulich und bedeutet, dass unsere Wirtschaft energieeffizienter geworden ist. Die Klimakonferenz in Glasgow hat aber nochmals verdeutlicht, dass die Staatengemeinschaft viel schneller agieren muss, um das Pariser Klimaziel zu erreichen und die Erderwärmung auf 1,5 Grad Cel-

sus im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Bei den Treibhausgasemissionen verfehlt auch Liechtenstein aktuell sein Reduktionsziel. Wir werden also nicht umhinkommen, neben Förderungen für erneuerbare Energien wie Photovoltaik und Wärmepumpen auch Vorschriften zu erlassen. Öl- und Gasheizungen gehören in keinen Neubau mehr und sind langfristig auch nicht günstiger.

Liechtenstein ist im letzten Jahr von Naturkatastrophen im Vergleich zu anderen Regionen in Europa verschont geblieben. Wie kann sichergestellt werden, dass das so bleibt? Wie wichtig Massnahmen zum Schutz vor Hochwasser und anderen Naturgefahren sind, haben uns die Bilder der Verwüstungen des Hochwassersommers 2021 gezeigt. Es sind nicht nur Sachschäden in Milliardenhöhe entstanden, sondern auch viele Menschen gestorben. Aufgrund des Klimawandels müssen wir unsere Schutzkonzepte laufend verbessern, vor allem mit Blick auf bauliche und raumplanerische Vorkehrungen. In Triesen und Schaan werden nun die ersten Rheindammsanierungen in Angriff genommen. Ebenso arbeitet das Amt für Bevölkerungsschutz mit den Gemeinden auf eine bessere Organisation des Bevölkerungsschutzes auf Gemeindeebene hin, vor allem wenn es um Evakuierungen aus gefährdeten Gebieten geht. Schliesslich wird auch die landesweite Gefahrenhinweiskarte fortlaufend aktualisiert. Nur wenn wir wissen, wovon wir uns wo zu schützen haben, können wir mit massgeschneiderten Lösungen richtig reagieren.

Sie haben die Rheindammsanierungen erwähnt. Wie geht es diesbezüglichlich voran - und den Plänen für Rheinaufweitungen? Die Sanierungsarbeiten auf den zwei jeweils 800 Meter umfassenden Dammschnitten in Triesen und in Schaan haben begonnen und sollten im Frühjahr 2022 abgeschlossen sein. Bekanntlich hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, bis 2025 die besonderen instabilen Dammschnitte im Umfang von fünf Kilometer zu sanieren. Entsprechend wird das Amt für Bevölkerungsschutz parallel zu den laufenden Bauarbeiten zwei weitere Sanierungsprojekte vorbereiten, welche hoffentlich im nächsten Winter 2022/2023 zur Ausführung gelangen.

Wollen wir die Lebensqualität für uns und die nachfolgenden Generationen nachhaltig sichern, können wir uns aber nicht allein auf die Verhinderung eines Dammsbruchs beschränken, sondern müssen der Förderung der Biodiversität am und im Rhein ein ebenso grosses Gewicht beimessen. Die längerfristig angelegten ökologischen Massnahmen werden wir daher gemeinsam mit den Rheingemeinden und der Schweiz angehen. Die Aufweitung auf den gemeinsamen Abschnitten Schaan-Buchs-Eschen soll bis Mitte nächstes Jahr im Rahmen eines Vorprojekts ausgearbeitet werden. Ebenfalls werden derzeit Untersuchungen zur

Machbarkeit einer Flussaufweitung auf dem gemeinsamen Rheinabschnitt Vaduz-Sevelen durchgeführt.

Für die Landwirtschaft wünschen Sie sich mehr Qualität, Regionalität und damit mehr Nachhaltigkeit: Ist das überhaupt möglich, ohne dass weiteres Geld - heute sind es 14 Millionen im Jahr - in Form von Subventionen gesprochen wird? Und ist die hiesige Landwirtschaft in unserer globalisierten Welt noch von grosser Bedeutung? Es ist richtig, dass sich Liechtenstein aufgrund der begrenzten landwirtschaftlichen Nutzfläche nicht selbst versorgen kann. Das gilt übrigens auch für die Schweiz. Zudem wird der Druck auf die Landwirtschaftsböden aufgrund der unterschiedlichen Nutzungsinteressen immer grösser. Eine Umfrage im 2021 hat aber gezeigt, dass die liechtensteinische Bevölkerung sehr viel Wert auf nachhaltige und regionale Produkte legt. Der Trend hin zu mehr einheimischen und biologischen Nahrungsmitteln wurde durch die Coronapandemie noch verstärkt. Bei der biologischen Landwirtschaft sind wir heute schon gut aufgestellt: 40 Prozent der Agrarbetriebe in Liechtenstein sind Biobetriebe. Diesen Kurs wollen wir unbedingt beibehalten. Ohne Subventionen wird es aber nicht gehen. Im Rahmen des neuen agrarpolitischen Berichts werden wir daher auch diskutieren müssen, wieviel uns eine nachhaltige Landwirtschaft wert ist.

«Die Klimakonferenz in Glasgow hat nochmals verdeutlicht, dass die Staatengemeinschaft viel schneller agieren muss.»

Blicken wir noch auf das kommende Jahr: Welche Herausforderungen warten auf Ihre Ministerien Inneres, Wirtschaft und Umwelt im 2022?

Neben den bereits erwähnten Themen wie Casino-Motion, Hochspannungsleitung, Energiepolitik und Landwirtschaft wird uns im nächsten Jahr auch die Sanierung der Bergbahnen Malbun beschäftigen. Hier geht es darum, die Bergbahnen langfristig auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen, damit auch die notwendigen Investitionen in die Liftanlagen getätigt werden können. Gleichzeitig wollen wir dem Landtag ein Konzept vorlegen, wie Malbun als Feriendestination und Naherholungsgebiet weiterentwickelt werden soll. Auch hier müssen Freizeitinteressen und Umweltschutz in Einklang gebracht werden.

Mit welchem Gefühl blicken Sie auf 2022 und was wünschen Sie Liechtensteins Einwohnern für das kommende Jahr?

Für viele von uns war 2021 aufgrund der Coronapandemie ein schwieriges Jahr geprägt von Unsicherheiten, Rückschlägen und Entbehrungen. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir gemeinsam einen Weg finden, die Pandemie erfolgreich zu meistern. Dann wird uns 2022 hoffentlich vieles von dem zurückgeben können, was wir im letzten Jahr vermisst haben. Den Einwohnerinnen und Einwohnern Liechtensteins wünsche ich viel Kraft, Zuversicht und beste Gesundheit.

ANZEIGE

